

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Richtlinie des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung zur Förderung der Barrierefreiheit

(Thüringer Barrierefreiheitsförderprogramm - ThüBaFF)

Thüringer Aufbaubank
Wohnraumförderung und Landesentwicklung
Postfach 90 02 44
99105 Erfurt

Nicht vom Antragsteller auszufüllen.
Eingangsstempel
Kundennummer:
Vorhabensnummer:

1. Angaben zum Antragsteller

Name (Firma. Bezeichnung der Körperschaft/Einrichtung bzw. Vor- und Zuname)		Rechtsform		
Postleitzahl / Ort		Straße / Haus-Nr. / Postfach		
Bundesland	Landkreis	Gemeindekennziffer		
Der Antragsteller ist: <input type="checkbox"/> eine privatrechtliche Einrichtung <input type="checkbox"/> kommunale Gebietskörperschaft <input type="checkbox"/> eine natürliche Person				
Gründungs- bzw. Geburtsdatum	Internet-Adresse	vorsteuerabzugsberechtigt USt <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		
Wirtschaftszweig des Antragstellers (bei wirtschaftlich tätigen Antragstellern)				
Nummer der amtlichen Statistik (WZ 2008)				
Gesetzliche Vertreter des Unternehmens/ der Einrichtung/ der Gebietskörperschaft				
Name	Vorname	Funktion	Telefon (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse
Ansprechpartner beim Antragsteller (sofern abweichend von Antragsteller bzw. gesetzlichen Vertretern)				
Name, Vorname		Telefon (mit Vorwahl)		E-Mail-Adresse

2. Angaben zum beantragten Vorhaben

Ort, in dem das Vorhaben durchgeführt wird		
Postleitzahl / Ort		Straße / Hausnummer
Bundesland Thüringen	Landkreis	Gemeindekennziffer
Gegenstand des Investitionsvorhabens		
Bitte kreuzen Sie den Bereich/ die Bereiche an, für den Sie eine Förderung beantragen (Mehrfachauswahl möglich)		
<input type="checkbox"/> Herstellung/Verbesserung der baulichen Barrierefreiheit im/an Gebäude(n)		
<input type="checkbox"/> Herstellung/Verbesserung der Barrierefreiheit im Außen-/Verkehrsraum		
<input type="checkbox"/> Herstellung/Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit		
<input type="checkbox"/> öffentlichkeitswirksame barrierefreie Information und Kommunikation		
<input type="checkbox"/> Beschaffung (Umbau) von Fahrzeugen, Hilfsmitteln und Ausstattungselementen		
<input type="checkbox"/> Konzepterstellung, Dienstleistung und Schulung zur Herstellung von Barrierefreiheit bzw. Vermittlung von Kenntnissen über Barrierefreiheit		

Thema des Vorhabens (Zuwendungszweck)

Vorhabensbeginn
Mit dem Vorhaben darf erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides oder der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns begonnen werden. Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.

Vorhabenszeitraum	Tag / Monat / Jahr		Tag / Monat / Jahr
Beginn		Ende	
Das Vorhaben soll grundsätzlich innerhalb von 12 Monaten abgeschlossen werden.			

Ausgabenplan (Fügen Sie bitte einen detaillierten Ausgabenplan bei.)	Ausgaben (EUR) netto bei Vorsteuerabzugsberechtigung
Herstellung/Verbesserung der baulichen Barrierefreiheit im/an Gebäude(n)	
Herstellung/Verbesserung der Barrierefreiheit im Außen-/Verkehrsraum	
Herstellung/Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit	
öffentlichkeitswirksame barrierefreie Information und Kommunikation	
Beschaffung (Umbau) von Fahrzeugen, Hilfsmitteln und Ausstattungselementen	
Konzepterstellung, Dienstleistung und Schulung zur Herstellung von Barrierefreiheit bzw. Vermittlung von Kenntnissen über Barrierefreiheit	
Summe Gesamtausgaben	

Fördersatz (anteilige Höhe der Förderung)
<p>Ich beantrage einen Fördersatz (Nur eine Auswahl möglich)</p> <p><input type="checkbox"/> 50%</p> <p><input type="checkbox"/> 60% (kommunale Gebietskörperschaft)</p> <p><input type="checkbox"/> 80% (Maßnahme aus kommunalem Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-BRK, bitte Nachweis beifügen!)</p>

Finanzierungsplan	EUR
Eigenmittel	
Fremdmittel	
andere öffentliche Finanzierungshilfen	
beantragter Zuschuss	
Gesamtfinanzierung (entspricht Summe der Gesamtausgaben)	

Entsprechend des Ausgabenplanes soll der beantragte Zuschuss wie folgt zur Verfügung gestellt werden		
Aufteilung auf den Vorhabenszeitraum	(Jahr)	(Jahr)
Ausgaben		
Zuschuss		

Öffentliche Finanzierungshilfen			
<p>Öffentliche Finanzierungshilfen können z. B. öffentliche Darlehen, Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber, über Bürgschaften abgesicherte Kreditsummen, Mittel öffentlicher Beteiligungsgesellschaften sein.</p> <p>Neben den im Finanzierungsplan aufgeführten öffentlichen Finanzierungshilfen sind für das beantragte Vorhaben keine weiteren öffentlichen Finanzierungshilfen (einschließlich De-minimis Beihilfen) beantragt bzw. bewilligt.</p> <p><input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu</p>			
Bitte geben Sie für die im Finanzierungsplan enthaltenen öffentlichen Finanzierungshilfen den Zuwendungsgeber, die Art der Zuwendung und den Subventionswert in EUR an:			
öffentliche Finanzierungshilfe	Zuwendungsgeber	Art der Zuwendung	Subventionswert in EUR

Mit dem Antrag einzureichende Unterlagen
<p>Anlage: Vorhabensbeschreibung, ggf. einschließlich Barrierefreiheitskonzept sowie Planungsunterlagen bei Bauvorhaben</p> <p>Anlage: De-minimis-Erklärung (nur bei Unternehmen)</p> <p>Anlage: Detaillierter Ausgabenplan</p> <p>Anlage: Stellungnahme des kommunalen Behindertenbeauftragten/der Landesfachstelle für Barrierefreiheit</p> <p>Nachweis der Gesamtfinanzierung: Eigenmittelnachweise/Fremdmittelbestätigungen (z.B. aktueller Kontoauszug, Darlehensangebot/-vertrag, andere Zuschussbescheide o. ä.); Eigentumsnachweis und Selbstauskunft (soweit zutreffend)</p> <p>Gesellschaftsvertrag bzw. Satzung (soweit zutreffend) / Gewerbeanmeldung (bei gewerblich tätigen Unternehmen)</p>

3. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1. mit dem Vorhaben nicht vor Erhalt des Bewilligungsbescheides oder der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns begonnen wurde/wird. Einzelheiten zum Beginn des Vorhabens ergeben sich aus Punkt 4 der Richtlinie zur Barrierefreiheit.
- 3.2. das Vorhaben ohne den beantragten Zuschuss nicht bzw. nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann und dass die Finanzierung entsprechend des Finanzierungsplans gesichert ist,
- 3.3. für das Vorhaben keine anderweitigen öffentlichen Finanzierungshilfen beantragt wurden/werden als die unter Ziffer 2 angegebenen,
- 3.4. er seinen Zahlungsverpflichtungen, insbesondere seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern fristgerecht nachkommt, und nach seiner Kenntnis kein Insolvenzverfahren über sein Vermögen unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist.
- 3.5. er bei der Begleitung und Evaluierung (insbesondere bei Verlaufs- und Verbleibstudien) der dem Antrag zugrundeliegenden Richtlinie mitwirken und die erforderlichen Auskünfte erteilen wird, auch wenn sein Vorhaben abgeschlossen ist,
- 3.6. er einwilligt, dass die Thüringer Aufbaubank dem TLMB eine Förderübersicht zur Verfügung stellt, die dieser im Internet nach den Vorgaben des Thüringer Transparenzgesetzes veröffentlichen und den Mitgliedern des Landesbehindertenbeirates und des Sozialausschusses des Thüringer Landtages vorlegen darf,
- 3.7. die Daten aller eingereichten Formulare mit den im Online-Portal der Thüringer Aufbaubank erklärten Angaben übereinstimmen und am Originalwortlaut der von der Thüringer Aufbaubank zur Verfügung gestellten Formulare sowie an den der Berechnung zugrunde liegenden Algorithmen keinerlei Änderungen vorgenommen wurden.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass

- 3.8. die nachstehenden Angaben im Antrag, dem Abruf sowie dem Verwendungsnachweis und die Angaben in den dazu eingereichten Unterlagen sowie Präzisierungen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, **subventionserheblich gemäß § 264 des Strafgesetzbuches** in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16. Dezember 1996 (GVBl. S. 319) sind:
 - Angaben zum Antragsteller,
 - Angaben zum Ort des Vorhabens,
 - Rechtsform, steuer- und gesellschaftsrechtliche Verhältnisse,
 - Beteiligungsverhältnisse,
 - Angaben zum Investitionsvorhaben (einschließlich Vorhabenszeitraum),
 - Angaben zur Finanzierung
 - Angaben in der De-minimis-Erklärung und
 - Erklärung zum fristgerechten und bestimmungsgemäßen Einsatz der Mittel.

Der /die Antragsteller ist/ sind unterrichtet, dass vorsätzliche oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu diesem Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§264 des Strafgesetzbuches) und die Rückzahlung der Zuwendung zur Folge haben können. Der/die Antragsteller verpflichtet/ verpflichten sich, der Thüringer Aufbaubank Änderungen bzw. den nachträglichen Wegfall von Voraussetzungen für die Subventionsgewährung anzuzeigen (§ 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16. Dezember 1996, GVBl. Nr. 19 S. 319 in Verbindung mit § 3 des Subventionsgesetzes von 29.07.1976, BGBl. I S. 2037).

- 3.9. unrichtige oder unvollständige Angaben zu diesem Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges gemäß § 264 des Strafgesetzbuches zur Folge haben können,
- 3.10. der Zuwendungsbescheid insoweit aufgehoben wird, als er durch in wesentlicher Beziehung unrichtige oder unvollständige Angaben oder durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt wurde,
- 3.11. bei Aufhebung des Zuwendungsbescheids der Zuschuss zuzüglich Zinsen vom Auszahlungstage an zurückzuzahlen ist,
- 3.12. auf die Bewilligung einer Zuwendung kein Rechtsanspruch besteht,
- 3.13. ein beantragter oder bewilligter Zuschuss nicht abgetreten werden darf,
- 3.14. sich die Thüringer Aufbaubank vorbehält, weitere Unterlagen anzufordern,
- 3.15. Barzahlungen ab 10.000 EUR als einzelne zuwendungsfähige Ausgaben nicht akzeptiert werden.

Der Antragsteller verpflichtet sich, der Thüringer Aufbaubank unverzüglich schriftlich mitzuteilen, wenn vor der Bewilligungsentscheidung:

- 3.16. sich die Voraussetzungen für die Bewilligung der Zuwendung (s. Ziff. 3.8) ändern oder wegfallen,
- 3.17. über sein Vermögen ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren gestellt bzw. ein Insolvenzverfahren eröffnet wird.

Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzinformation nach Art. 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung online über www.aufbaubank.de/datenschutzinformation oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurde.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, ggf. betroffene dritte Personen (z. B. Ansprechpartner*innen, Gesellschafter*innen, Geschäftsführer*innen, Mitarbeiter*innen), deren personenbezogene Daten in diesem Antrag erhoben oder zukünftig an die Thüringer Aufbaubank übermittelt werden, über die oben genannten Datenschutzinformationen zu unterrichten.

4. Rechtsverbindliche Unterschriften

Ich versichere für den Antragsteller die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher in den Antragsunterlagen enthaltener Angaben. Zudem verpflichte ich mich, alle im weiteren Verfahren (Antrag/Abruf/Verwendungsnachweis) erforderlichen Angaben vollständig und korrekt abzugeben.

Ort und Datum (bei über das Online-Portal gesendeten Anträgen erscheint hier das Absendedatum des Antrages im Portal)

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel sowie Name in Druckbuchstaben

Vorhabensbeschreibung

Name Antragsteller

a) Beschreibung Antragsteller, Projekt und Bedarf

- Kurze Darstellung des Antragstellers, seiner Zielgruppen und seiner Beziehung zum Projekt
- Bitte beschreiben Sie den IST-Zustand und stellen Sie diesem den durch das Vorhaben zu erreichenden SOLL-Zustand gegenüber.
- Bei Bauvorhaben reichen Sie dazu bitte bemaßte Planungsunterlagen, am besten ein Barrierefreiheitskonzept, ein.
- Bei IT Vorhaben ist nach Umsetzung ein Barrierefreiheitstest oder Gebrauchstauglichkeitsgutachten eines externen Prüfunternehmens, idealerweise unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen, vorzulegen (z.B. BITV-Test bei Webseiten)
- Angaben zur Art und Weise der Zielerreichung
- Gehen Sie bitte auch darauf ein, wie die Barrierefreiheit hergestellt bzw. verbessert werden soll
- Angaben zur Anzahl und Struktur der Nutzer der zu errichtenden Infrastruktur bzw. Angebote sowie Angaben der zu erwartenden Veränderungen bei der Anzahl und Struktur der Nutzer durch das Vorhaben
- Bitte treffen Sie auch eine Aussage zur Anzahl und regionalen Verteilung vergleichbarer bereits existierender oder geplanter barrierefreier Angebote.

b) Beschreibung des Vorgehens

- Begründung der Notwendigkeit des Vorhabens
- Darstellung des inklusiven Ansatzes
- Darstellung des Mehrwertes
- Darstellung der Einbettung in den Sozialraum
- Darstellung der Nachhaltigkeit

Finden Infrastrukturmaßnahmen auf Grundstücken statt, die sich im Eigentum Dritter befinden?

☐ Ja* ☐ Nein

* Bitte erläutern Sie, wie die Einwirkungsrechte, Durchführung, Vermarktung und spätere Nutzung vertraglich abgesichert werden oder der Eigentümer dem Vorhaben zustimmt.

Inwiefern entspricht die Umsetzung dem aktuellen Stand der Technik?

Stellungnahme des kommunalen Behindertenbeauftragten/der Landesfachstelle für Barrierefreiheit